



Berlin Institut  
für Partizipation



# Schulen als Eckpfeiler der Demokratie

Die Rolle von Bildung und Beteiligung für eine  
widerstandsfähige Demokratie

Autor\*innen: Gabriel Maitre, Anouk Chômienne

## Die Autor\*innen



**Gabriel Maitre** hat einen Masterabschluss in Politikwissenschaft und ist seit anderthalb Jahren wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Thinktank Décider ensemble, der sich auf das Thema Bürgerbeteiligung spezialisiert hat. Maitre ist für europäische Angelegenheiten zuständig und verfasst zusammen mit dem Forschungsteam Berichte und Analysen zu demokratischen Themen.



**Anouk Chômienne** hat ein Ingenieurstudium im Bereich Stadtplanung absolviert. Nach ihrer Tätigkeit bei der Nationalen Kommission für öffentliche Debatten arbeitet sie nun als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Thinktank Décider ensemble, der sich dem Thema Bürgerbeteiligung widmet. Gemeinsam mit dem Forschungsteam erstellt sie Berichte und Analysen zu demokratischen Fragestellungen und setzt sich im Rahmen vielfältiger Veranstaltungen für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ein.

Gabriel Maitre, Anouk Chômienne

# Schulen als Eckpfeiler der Demokratie

## Die Rolle von Bildung und Beteiligung für eine widerstandsfähige Demokratie

*Angesichts der aktuellen Herausforderungen erweist sich Bildung als entscheidender Hebel für den Erhalt und die Stärkung unserer Demokratie. Schulen als Orte des Lernens spielen dabei eine zentrale Rolle bei der Herausbildung engagierter Bürger\*innen. Mit besonderem Blick auf Frankreich diskutieren Gabriel Maitre und Anouk Chômienne, wie Schulen zur treibenden Kraft für eine demokratischere, partizipatorische und integrative Gesellschaft werden können.*

Lange Zeit wurde davon ausgegangen, dass die Demokratie als Staatsform den natürlichen Endpunkt aller politischen Systeme darstelle. Nach Angaben von The Economist gibt es heute jedoch nur 24 Länder, in denen eine voll funktionsfähige Demokratie herrscht. Selbst wenn man die mit Mängeln behafteten Demokratien einbezieht, umfassen diese Länder nur 45 Prozent der Weltbevölkerung (Gazzane 2024). Dies macht deutlich, dass die Demokratie als Staatsform eben nicht selbstverständlich ist. Sie ist ein zerbrechliches System, das sorgfältig gepflegt werden muss. Ihre Grundsätze müssen gelernt und praktiziert werden. Wie Ben Jelloun es treffend formulierte: „Demokratie ist keine Pille, die sich in Wasser auflöst; sie ist eine Kultur, die Zeit und Bildung erfordert“ (Jelloun 2011).

In der Vergangenheit erlebte die Welt eine „demokratische Euphorie“, angetrieben von Regimewechseln in Lateinamerika, dem Sturz der sowjetischen Diktaturen in Osteuropa und den Hoffnungen, die der Arabische Frühling 2011 auslöste. Doch diese Euphorie wich schnell einer tiefen Ernüchterung. In vielen Ländern, die einst nach Demokratie strebten, sind neue autoritäre Regime entstanden. Selbst die westlichen Demokratien, die einst als stabil galten, zeigen Anzeichen von Fragilität, die sich in sinkender Wahlbeteiligung und zunehmendem politischen

Desinteresse äußern. So steht die Demokratie, die einst als „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) angekündigt wurde, nun vor der Frage, wie sie ihr eigenes Überleben sichern kann.

Dazu ist Bildung, so die These, das wichtigste Instrument. Wie Ignacio Ramonet weise bemerkte: „Sich zu informieren ist anstrengend, aber es ist der Preis, den die Bürger\*innen zahlen müssen, um auf intelligente Weise am demokratischen Leben teilzunehmen.“ Angesichts aktueller Herausforderungen wie Extremismus, Populismus und dem wachsenden Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen ist Demokratieerziehung von klein auf besonders wichtig. Sie befähigt Menschen, diesen Entwicklungen selbstbewusst zu begegnen und sich gegen autoritäre Tendenzen, schwache Demokratien und gesellschaftlichen Zerfall zu wehren (Europarat 2005). In diesem Prozess müssen die Schulen eine zentrale Rolle spielen. Sie sollten integrative Räume sein, die Mechanismen der sozialen Ausgrenzung verhindern und als Grundpfeiler der Demokratie dienen, um eine starke und dauerhafte demokratische Kultur zu fördern.

In diesem Artikel untersuchen wir, wie Schulen zu diesen Bastionen der Demokratie werden können. Dazu soll die Schule zunächst als ein zentraler Raum innerhalb der Gesellschaft betrachtet wer-

den, dann als Ort, an dem demokratische Prinzipien gelernt werden und schließlich als Feld für konkrete demokratische Praxis.

## Schulen als gesellschaftliche Zentren

In der Vergangenheit waren Schulen ein wichtiges Instrument für die Vermittlung von Werten. Ursprünglich zielte die religiöse Erziehung durch den Klerus darauf ab, einer ausgewählten Minderheit spirituelle Grundsätze zu vermitteln (Verneuil 2012). Die Einführung der obligatorischen, säkularen und kostenlosen Bildung markierte einen bedeutenden Wandel. Die Schulen wurden in republikanischen Systemen zu wichtigen Pfeilern des lokalen bürgerlichen Lebens, die republikanische Werte verkörperten und die Gesellschaft prägten. Herausgelöst aus ihrem familiären Umfeld erhielten Kinder eine Bildung, die auf einem gemeinsamen Wertefundament beruhte und den Weg für eine gerechtere Gesellschaft ebnete. Im 20. Jahrhundert wurde festgestellt, dass „die Schule vielleicht der einzige demokratische Raum bleibt: Sie ist offen für alle und strebt nach Chancengleichheit und hat die Aufgabe, das Ideal einer demokratischen Gesellschaft zu verwirklichen, in der jeder Zugang zu allen sozialen Positionen hat“ (Pisani/Occansey 2022).

Über die Verbreitung der von ihr verkörperten Werte hinaus spielt die Schule aufgrund ihrer primären Aufgabe, Kinder zu erziehen, eine zentrale Rolle in der Gesellschaft. Sie ist nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern auch ein wichtiger Ort für Familien und Gemeinschaften. Als öffentliche Einrichtung wird sie zu einem Konvergenzpunkt, an dem sich verschiedene soziale Dynamiken überschneiden.

Sie organisiert nicht nur die Zeit der Kinder, sondern prägt auch die Zeitpläne der Erwachsenen, die sie unterstützen, und beeinflusst den Rhythmus des Familien-, Gemeinschafts- und Gesellschaftslebens (Azarin 2013). Die Schule bringt eine Vielzahl von Akteuren (Eltern, Großeltern, Pädagog\*innen)

zusammen, die sich auf ein gemeinsames Ziel konzentrieren: die Kinder, die Hauptnutzer\*innen dieses Raums. Diese Dynamik in Verbindung mit der oft fürsorglichen Atmosphäre in Schulen erleichtert den sozialen Austausch und die Interaktion. Wie Cartes (2017) betont, „dient die Schule als Stütze, als Bühne, als Raum für Austausch, Begegnungen und Diskussionen, in dem der soziale Kontakt zwischen Schüler\*innen und Eltern während der Abholzeit eine wichtige Rolle spielt“.

Durch diese Vielfalt spiegelt die Schule die Gesellschaft wider und fungiert als Mikrokosmos, in dem sich alle sozialen Schichten treffen. Sie stellt das Kind in den Mittelpunkt, wirkt aber auch in die umliegenden Wohnviertel. Die Schule erzeugt durch ihre Struktur und ihre Rolle Menschenströme, die von verschiedenen Verkehrsträgern geprägt sind. In der Stadtplanung wird sie zu einem zentralen Punkt, um den sich Straßen, Wege und Parks drehen und der vor allem den Kindern einen sicheren und unabhängigen Zugang ermöglicht. Wenn man über die Schule nachdenkt, muss man also nicht nur ihre Architektur, sondern auch das gesamte Ökosystem, das sie hervorbringt, berücksichtigen. All diese Elemente erklären, warum die Schule eine herausragende Stellung in der öffentlichen Politik einnimmt, wenn es um Fragen wie Gebäudesanierung, Zugänglichkeit, Haushaltsführung und Lehrpläne geht. Sie verkörpert einen Schnittpunkt zwischen internen betrieblichen Herausforderungen und externen Fragen nach Zentralität.

Es ist wichtig festzustellen, dass sich die Beziehung zwischen der Schule und der Stadt im Laufe der Zeit verändert hat. In der Vergangenheit waren diese beiden Einheiten eng miteinander verbunden und teilten sich einen Raum, der Interaktionen, Austausch und Lernen förderte. Städtische Freiräume waren Orte des Lebens, des Spiels und des Wissens für alle Kinder. Die zunehmende Verstädterung und Motorisierung haben diese Interaktionen jedoch eingeschränkt und die Kinder vom sozialen Leben in der Stadt abgekoppelt. Infolgedessen wird der Bildungsraum heute als geschlossener Raum

wahrgenommen, der das Schulleben vom städtischen Leben trennt und zahlreiche Fragen über die Beziehungen der Kinder zur Außenwelt aufwirft, die ihr zukünftiges Lebensumfeld sein soll.

Seit den 1970er Jahren gibt es mehrere Initiativen, die darauf abzielen, diese Verbindung zwischen Schule und öffentlichem Raum wiederherzustellen. In Turin zum Beispiel wurden bildungspolitische Maßnahmen ergriffen, um Schulhöfe für die Stadtgesellschaft zu öffnen und diese Räume in den öffentlichen Raum zu integrieren. Ähnliche Projekte in Barcelona verwandeln Schulen in „Oasen der Frische“, die für alle zugänglich sind. In Frankreich experimentieren Städte wie Gagnac und Nantes mit grünen Schulhöfen, die auch außerhalb der Schulzeit geöffnet sind. Diese Initiativen stoßen manchmal auf Bedenken hinsichtlich der Sicherheit der Kinder. Um dem entgegenzuwirken, werden Überwachungsmaßnahmen eingeführt, die eine bessere Integration dieser Räume in das Stadtgefüge ermöglichen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Überdenken der Schule bedeutet, die Stadt aus der Perspektive des Kindes neu zu erfinden und den umgebenden öffentlichen Raum neu zu gestalten

Obwohl die Schule ein zentraler öffentlicher Raum ist, in dem unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zusammenkommen, nimmt sie diese privilegierte Stellung vor allem deshalb ein, weil sie als Bildungszentrum dient. Als Institution, die im Zentrum demokratischer und sozialer Fragen steht, spielt die Schule eine entscheidende Rolle sowohl für die öffentliche Politik als auch für die Entwicklung der Bürgerrechte der Kinder, die die Gesellschaft von morgen bilden werden. Dieses Zusammenspiel von Bildung, Wertevermittlung und politischer Strukturierung gewährleistet, dass die Schule „in unterschiedlichem Maße die Vitalität unserer Demokratie fördern oder gegenteilige Tendenzen verfestigen kann“ (Ernst 2008).

Die Schule ist aufgrund ihrer geografischen Lage und der angebotenen Aktivitäten somit ein wichti-

ger Ort für die Demokratie. Ihre äußere Gestaltung fördert ein sicheres Umfeld, das die Entwicklung der Bürgerrechte der Kinder unterstützt.

## Die Beteiligung von Kindern als allgemein anerkannte Notwendigkeit

Wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, ist die Beteiligung der Kinder an ihrem täglichen Leben von wesentlicher Bedeutung. Angesichts ihrer sozialen und territorialen Struktur muss die Schule die Entwicklung einer aktiven Bürgerschaft fördern. Im folgenden Abschnitt wird daher untersucht, wie die Schule als Ort der Demokratie dient und wie sich dieses demokratische Prinzip im schulischen Umfeld manifestiert.

„Damit demokratische Gesellschaften effektiv funktionieren können, ist ein starkes ‚Bindegewebe‘ erforderlich“ (Cam 2008). Philippe Cam hebt eines der von John Dewey formulierten Grundprinzipien der Demokratie hervor: die Verbindung zwischen den Menschen. In diesem Zusammenhang kommt der Schule eine entscheidende Rolle zu, da dieses „Bindegewebe“ nicht nur für die Bildung, sondern auch für die soziale Entwicklung der Kinder von grundlegender Bedeutung ist. Schulen dienen als wichtige Sozialisationsräume. Sie sind die erste Umgebung außerhalb der Familie, in der alle Kinder interagieren, soziale Kontakte knüpfen und die Vielfalt entdecken. Das republikanische Ideal besteht darin, dass Schulen als Räume der sozialen Durchmischung dienen, in denen Kinder mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenkommen und aus dem familiären Umfeld herausgelöst werden, das häufig Ungleichheiten begünstigt. In Frankreich besuchen 86 Prozent der Kinder eine öffentliche Schule, und die Lage dieser Schulen beeinflusst häufig die Wahl des Wohnorts der Familien. Diese Verbindung zwischen Wohnort, Schule und Arbeitsplatz ist ein Grundpfeiler der heutigen sozialen Strukturierung (Tomasini 2024).

Die Frage der sozialen Vielfalt in den Schulen rückt jedoch verstärkt in den Blickpunkt, da die zunehmende Homogenisierung der Stadtviertel zu einer ungleichen Verteilung der Schüler\*innen führt. Diese Homogenisierung verringert die Möglichkeiten der Interaktion zwischen Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und behindert das Erlernen von Vielfalt, die ein Schlüsselement für die Entwicklung der Bürgerschaft ist. Benachteiligte Stadtteile sind besonders von diesem Mangel an Vielfalt betroffen, der sich in steigenden Fehlzeiten und zunehmenden Problemen bei der Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen Kindern und Schulen äußert. In Belgien zielen Initiativen wie der Schulvertrag darauf ab, die Beziehungen zwischen den Schulen und ihren lokalen Gemeinschaften in Gebieten, die von wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen sind, wiederherzustellen. Durch die Neugestaltung ihres Umfelds und die Öffnung ihrer Einrichtungen für die örtliche Bevölkerung wollen die Schulen die Gemeinschaft, insbesondere die Kinder, wieder mit der Schule als Ort der Bürgerschaft verbinden und gleichzeitig die Verbindungen zwischen verschiedenen soziokulturellen Gruppen fördern. Diese Rückbindung an die Schule als Ort der Bürgerschaft unterstreicht die wesentliche Rolle, die Kinder beim Aufbau sozialer Beziehungen spielen. Die Schule wird so zu einer echten „Mini-Gesellschaft“, einem entscheidenden Raum für die bürgerliche Entwicklung (Cartes 2017).

Folglich ist die Vermittlung demokratischer Grundsätze ein strukturierendes Element der Rolle der Schule und entspricht einem wesentlichen Bedürfnis: „Die Demokratie ist das anspruchsvollste Regime im Bereich der Bildung“ (Ernst 2008). In diesem Umfeld erwerben die Kinder wesentliche Fähigkeiten: die Fähigkeit, sich zu äußern, sich zu behaupten und sich in verschiedenen Formen (mündlich, künstlerisch) auszudrücken und soziale Normen zu respektieren. Diese praktischen Lektionen sind notwendig, um die Schüler\*innen auf ihre zukünftige Rolle als Bürger\*innen vorzubereiten. In diesem sicheren und unterstützenden Umfeld wer-

den die Kinder ermutigt, sich auszudrücken, während sie von aufmerksamen Erwachsenen begleitet werden. Bevor jedoch eine echte Konsultation oder Ko-Konstruktion mit den Kindern erreicht werden kann, ist es wichtig, ihnen die Mittel an die Hand zu geben, um ihre Rechte zu verstehen, sich über Projekte, die sie betreffen, zu informieren und Wege zu finden, ihre Meinung zu äußern. Dazu gehört ein konkretes Verständnis der demokratischen Mechanismen und ihrer Umsetzung in den Schulen.

## Politische Bildung und Bildungsprogramme: wichtige erste Schritte für die Demokratie

Schulprogramme und staatsbürgerliche Erziehung dienen als Instrumente zum Erlernen der Staatsbürgerschaft. Die politische Bildung ist in Europa seit den 1980er und 1990er Jahren in den Lehrplan integriert und legt den Grundstein für das Lernen über Demokratie. Im Laufe der Jahre hat sich das Konzept der „Grundkompetenzen“ weiterentwickelt und umfasst nun auch Aspekte wie „politisches Grundwissen“ und „grundlegende demokratische Fähigkeiten“ (Europarat 2005), die die Schüler\*innen auf ihr staatsbürgerliches Leben vorbereiten sollen. Dennoch bleiben diese Programme lediglich informativ und passen sich nicht an die tatsächlichen Bedürfnisse oder Erwartungen der Schüler\*innen an. Darüber hinaus werden die Stunden der politischen Bildung, die keine nennenswerten Prüfungen oder Tests beinhalten, insbesondere in der Sekundarstufe häufig durch Geschichts- oder Geografieunterricht ersetzt.

Um zu vermeiden, dass sich demokratisches Lernen allein auf die politische Bildung und das Auswendiglernen von politischen Fakten beschränkt, haben verschiedene pädagogische Bewegungen demokratische Bildungsansätze entwickelt, die auf dem Grundsatz der Lernfreiheit beruhen. Diese Methoden ermöglichen es Kindern, eine aktive Rolle bei der Gestaltung ihrer eigenen Bildungserfahrungen zu übernehmen (Morrison 2008). Indem die

Schüler\*innen zu aktiven Akteuren in ihrem Lernprozess werden, wird ihre Fähigkeit, zu reflektieren und fundierte Entscheidungen zu treffen, erheblich verbessert.

Durch die Verankerung regelmäßiger demokratischer Praktiken in den Bildungseinrichtungen profitiert die Gesellschaft als Ganzes von diesen gestärkten Werten. Befürworter\*innen dieses Ansatzes argumentieren, dass es nicht nur um eine Frage der Methode, sondern grundsätzlich um die Absicht geht: Wenn die Demokratie wirklich eine Priorität für unsere Gesellschaft ist, muss sie im Mittelpunkt jeder Handlung und Interaktion stehen. Daher ist es wichtig, demokratisches Lernen nicht auf die bloße Vermittlung von Wissen über demokratische Verfahren und die Geschichte der Institutionen zu reduzieren. „Wenn sich Demokratieerziehung auf die Vermittlung von Faktenwissen über demokratische Verfahren im Rahmen des Staatsbürgerkundeunterrichts und einer Geschichtsstunde über vergangene Ereignisse beschränkt, fehlt etwas, das [...] dieses Wissen mit praktischer Bedeutung verbindet“ (Ernst 2008). Diesen Standpunkt vertritt auch die ANACEJ (Nationale Vereinigung von Kinder- und Jugendräten), die gezeigt hat, dass es möglich ist, einen proaktiven Ansatz zu verfolgen, indem Kinder direkt in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Dies unterstreicht die Bedeutung der Schule als Ort der Bildung und des staatsbürgerlichen Lernens, der die Kinder zur aktiven Teilnahme ermutigen und ihnen bewusst machen sollte, dass sie in der Lage sind, zu handeln und ihr Umfeld zu beeinflussen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass Kinder nicht nur über demokratische Prozesse informiert werden, sondern sich auch aktiv an deren Umsetzung beteiligen. Dies steht nicht nur im Einklang mit den Bildungsempfehlungen, sondern ist auch für die Zukunft der Demokratie von entscheidender Bedeutung.

## Schulen: Ein Raum zum Üben von Demokratie

„Kinder werden zur Demokratie erzogen, indem man sie in Aktionen einbindet und ihnen hilft, sich demokratisch zu organisieren. Das ist eine Erfahrungstatsache.“ (Ernst 2008). Diese Worte unterstreichen ein grundlegendes Prinzip: Demokratie kann nur durch konkrete und regelmäßige Praktiken wirklich verstanden und verinnerlicht werden. Wie John Dewey hervorhebt, kann „Demokratie nur ein Experiment sein, das ständig anhand von Tatsachen getestet wird“. Die Ausübung der Demokratie ist ein Prozess, der sich in Gewohnheiten festsetzt und ähnlich wie der Akt des Wählens kultiviert werden muss (Campbell 2006; Plutzer 2002).

Ein überzeugendes Beispiel ist die Beteiligung von Kindern an der Gestaltung und Renovierung von Infrastrukturen, die sie selbst betreffen, wie Spielplätze oder Schulgebäude. Immer mehr Initiativen zielen darauf ab, Kinder in diese Entscheidungsprozesse einzubeziehen, wie zum Beispiel das Büro Architecture In Vivo, das Schüler\*innen aus Lherm, Frankreich, eingeladen hat, an der Renovierung ihrer Schule mitzuwirken. Im Rahmen von Workshops konnten sie ihre Bedürfnisse und Wünsche äußern und gleichzeitig die Perspektiven von Bildungsexpert\*innen berücksichtigen. Dieser kooperative Ansatz ermöglichte es den Kindern, ihre innovativen Ideen mitzuteilen und ihre erhöhte Sensibilität für ökologische Fragen (Wünsche nach biologischer Vielfalt, Natur und Frische) sowie für das Wohlbefinden anderer (Rücksichtnahme auf Gleichaltrige, Wünsche nach Räumen für alle Arten von Aktivitäten) unter Beweis zu stellen. Sie wünschten sich vor allem ruhige Räume und „Orte der Frische“, die den spezifischen Bedürfnissen aller gerecht werden. Das Team von Architecture In Vivo hat auch hervorgehoben, dass Kinder der Wahrnehmung und den Gefühlen anderer viel mehr Bedeutung beimessen als Erwachsene, was ihre Aufmerksamkeit für die Umwelt und die verschiedenen Raumnutzungen unterstreicht.

Auch in anderen Ländern gibt es ähnliche Projekte, die diesen partizipatorischen Ansatz veranschaulichen und eine weltweite Bewegung zugunsten der Jugendbeteiligung widerspiegeln. In Italien und Spanien beziehen Initiativen wie Co-City in Turin und das Climate Shelter Project in Spanien Kinder in die Mitgestaltung ihrer Schulen ein. Diese Initiativen schätzen ihre Stimme und geben ihnen Macht zurück, so dass sie aktiv in die Umgestaltung ihrer Umwelt investieren können. Durch die Teilnahme an diesen Projekten stärken die Kinder ihr Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv, sei es die Schule, die Stadt oder die Gesellschaft. Dies trägt nicht nur zur Entwicklung ihres Lebensumfelds bei, sondern auch zum Entstehen von bürgerschaftlichem Engagement.

Die Beteiligung von Kindern an Prozessen zur Umgestaltung von Schulen oder an anderen partizipativen Initiativen bietet auch die Möglichkeit, Bevölkerungsgruppen einzubeziehen, die der öffentlichen Politik oft fernstehen. Die Schule als Ort der Begegnung und des Austauschs ist ein idealer Rahmen, um breite Bevölkerungsschichten einzubeziehen. Der Schulvertrag in Belgien basiert auf dieser Idee: Durch die Beteiligung von Kindern und Erwachsenen wird die Schule wieder mit ihrem Viertel verbunden, wodurch die Bewohner\*innen der umliegenden Viertel einbezogen werden. Diese Verbindung stärkt die Bedeutung der Schule als zentrale Institution für demokratische Praxis. Dieses Phänomen wird auch durch den Bürgerhaushalt der Stadt Paris veranschaulicht, bei dem mobile Wahllokale vor Schulen eingerichtet werden, die zentrale Punkte im Leben des Viertels sind.

In Frankreich sind die städtischen Kinderräte (CME) ein weiteres konkretes Beispiel dafür, dass die Stimmen junger Menschen gehört werden. Diese Räte zielen darauf ab, Schüler\*innen der Primar- und Sekundarstufe in Entscheidungen zur Bildungs- und Stadtpolitik einzubeziehen. Als Brücke zwischen der Schule und der Stadt ermöglichen die CMEs den Kindern den Übergang von der bloßen Nutzung zur aktiven Teilnahme. Heute gibt es in

Frankreich rund 3.000 CMEs, die sich aus Schüler\*innen unterschiedlicher Herkunft zusammensetzen und repräsentativ für die junge Bevölkerung sein sollen. Sie treffen sich regelmäßig, um Meinungen von Gleichaltrigen einzuholen und den Gemeinden Vorschläge zu unterbreiten, die sich verpflichten, darauf zu reagieren. Dies stärkt die Verbindung zwischen Kindern und lokalen Entscheidungsprozessen und gibt ihnen eine Stimme in öffentlichen Angelegenheiten.

Das grundlegende Ziel dieser Initiativen besteht darin, demokratische Normen zu vermitteln und das aktive Erlernen der Bürgerschaft zu fördern. Die Wahl von Vertreter\*innen innerhalb der CMEs ist zwar ein wichtiger Schritt in diesem Lernprozess, aber nicht der einzige Beitrag. Wie Marie-Pierre Pernette betont, ist das Erlernen der Stimmabgabe von grundlegender Bedeutung, da es sich dabei um eine zentrale staatsbürgerliche Handlung handelt, doch wäre es einschränkend, die Demokratie auf diesen einen Wahlmoment zu reduzieren. Eine aktive staatsbürgerliche Erziehung muss praktische Erfahrungen beinhalten, die es den Kindern ermöglichen, sich mit ihrem sozialen und politischen Umfeld auseinanderzusetzen.

## Schlussfolgerung: Schulen auf dem Weg zu einer besseren Demokratieerziehung

Philippe Cam behauptet, dass „Erziehung zur Demokratie“ ein Ideal sein sollte, um das sich Schulen als Dreh- und Angelpunkt organisieren müssen. Diese Vision hebt mehrere wesentliche Elemente hervor, die unserer Analyse zufolge bereits in der Schulpraxis keimen: eine offene und neugierige Haltung, die Bereitschaft, die Perspektiven anderer zu berücksichtigen, die Fähigkeit, gemeinsame Interessen zu berücksichtigen, und die Bereitschaft, auf Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten mit Vernunft statt mit verbaler oder körperlicher Gewalt zu reagieren. Zu diesen Kompetenzen gehören auch die aktive Beteiligung an Fragen, die

die Gemeinschaft betreffen, sowie die Fähigkeit, selbstständig zu denken und Verantwortung für die eigenen Entscheidungen und Meinungen zu übernehmen.

Diese Voraussetzungen sind alles andere als abstrakt, sondern lassen sich bei partizipativen Prozessen mit Kindern konkret beobachten. Wie das Team von Architecture In Vivo feststellte, zeigen jüngere Kinder, wenn sie in demokratisches Lernen eingebunden sind, ganz natürlich eine größere Fähigkeit, sich anderen zuzuwenden und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt zu stellen. Diese Neigung, Gemeinschaftsinteressen zu integrieren und Empathie zu zeigen, verdeutlicht, dass Kinder demokratische Prinzipien voll und ganz verkörpern und zu Akteuren einer aktiven und informierten Bürgerschaft werden können.

Dieses Potenzial für die Erziehung zu Demokratie und Staatsbürgerschaft muss jedoch von den Schulen voll ausgeschöpft werden. Wenn sie bei dieser Aufgabe versagen, laufen sie Gefahr, zu Orten zu werden, die Ideen reproduzieren, die dem demokratischen Geist zuwiderlaufen. Wie wir in diesem Artikel immer wieder betont haben, kommt den Schulen eine zentrale Rolle bei der Bildung von Köpfen zu. Wenn sie antidemokratische Werte vermitteln oder die Grundlagen der rationalen Debatte und des Zuhörens vernachlässigen, können sie schnell zu Instrumenten werden, die einen schädlichen Diskurs gegen die Demokratie verbreiten. Kamel Daoud (2024), ein französisch-algerischer Schriftsteller, weist auf die Gefahren von Schulen hin, wenn sie in den Händen von Personen sind, die Kindern, den Bürger\*innen von morgen, Machismo, Chauvinismus oder rassistische Werte vermitteln.

Daher ist es für die Schulen von entscheidender Bedeutung, dass sie nicht in dogmatische oder autoritäre Ansätze verfallen, bei dem die Autorität der Erwachsenen nicht in Frage gestellt und die Meinung der Kinder systematisch unterbewertet wird. Umgekehrt kann die Beteiligung und das Lernen von Kindern durch die Förderung aller oben

genannten Grundsätze zu einer Gelegenheit werden, gesellschaftliche Themen wie Gleichstellung der Geschlechter, Ökologie, Solidarität und Bekämpfung von Ungleichheit, Diskriminierung und Mobbing anzugehen. Daher ist die Beteiligung von Kindern in der Schule eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Demokratie ihre heutigen Herausforderungen bewältigen kann.

Zusammenfassend ist es wichtig zu erkennen, dass dieser Bildungsansatz starkes kollektives Engagement und langfristige Investitionen erfordert, sowohl zeitlich als auch personell und finanziell. Die Stimme der Kinder stärker zu berücksichtigen, ist nicht nur eine weitere Reform; sie stellt eine echte gesellschaftliche Entscheidung dar. Es reicht nicht aus, isolierte Initiativen zu fördern oder demokratische Praktiken am Rande zu zuzulassen. Demokratiebildung muss in einen kontinuierlichen, kohärenten Prozess eingebettet sein, der den gesamten Bildungsweg umfasst. Ziel ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem demokratische Praktiken in den Alltag integriert werden, damit Kinder ihre Bedeutung und Wirkung wirklich verstehen und so zur Vitalität unserer Demokratien beitragen können.

## Literatur

Cam, P. (2008) 'Éduquer à la démocratie', *Diogenes*, 224(4).

Cartes, L. (2017) *Les villes non occidentales, chapitre 4 : L'école co-productrice de la ville et du projet de société*. Montréal: Presses de l'Université de Montréal.

Europarat (2005) *L'école : une communauté d'apprentissage de la démocratie*.

Daoud, K. (2024) 'Grand entretien : „Je sais qu'un pays peut s'écrouler facilement“', *Le Point*, 2714.

Ernst, S. (2008) 'Éduquer à la démocratie', *Raison présente*, 166.

Fukuyama, F. (1992). *The end of history and the last man*. Free Press.

Gazzane, H. (2024) 'Les démocraties n'ont jamais été aussi menacées dans le monde', *Les Échos*, 24434.

Morrison, K.A. (2008) 'Democratic Classrooms: Promises and Challenges of Student Voice and Choice. Part One', *Phi Delta Kappa International*, 89(1), pp. 50-60.

Pisani, M. and Occansey, K. (2022) 'Engagement et participation démocratique des jeunes', *Vie publique*.

*Peyronne, H. and Vergnioux, A. (eds)(2001) Le sens de la démocratie. Édition Peter Lang.*

*Ramonet, I. (1993) 'S'informer fatigue', Le Monde Diplomatique, 475.*

*Tomasini, M. (2024). L'état de l'École, 2024. Ministère de l'Éducation nationale Direction de l'évaluation, de la prospective et de la performance (DEPP).*

*Verneuil, Y. (2012) 'L'école et la laïcité, de l'Ancien Régime à nos jours : enjeux du passé, enjeux dépassés ?', Tréma, 37, pp. 130-143.*

*Der vorliegende Beitrag wurde durch das Redaktionsteam des KURSBUCHES BÜRGERBETEILIGUNG #6 aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.*

Herausgeber:

Berlin Institut für Partizipation | bipar  
Weydingerstraße 14-16  
10178 Berlin

Tel. 030 120826-110  
kontakt@bipar.de

www.bipar.de

Verantwortlich:

Jörg Sommer, Direktor

Bildquelle:

Josh Barwick (Titelbild)

Redaktionshinweis:

Die in dieser Publikation formulierten Positionen geben nicht zwangsläufig in allen Punkten die Meinung des Herausgebers wieder.

ISBN: 978-3-912217-03-2

© April 2026, Berlin Institut für Partizipation

# KURSBUCH BÜRGERBETEILIGUNG



**Jetzt  
erhältlich**

Jörg Sommer (Hg.)

348 Seiten, 29,80€

ISBN 9783912217001

**KURSBUCH**

**BÜRGERBETEILIGUNG #6**

[www.kursbuch.info](http://www.kursbuch.info)

*Eine Publikation des*

**RepublikVerlag**

**Hier Bestellen!**

